**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

Aufgrund

der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV. NRW. 2015, S. 496), **zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. 2020, S. 916)**, in der jeweils geltenden Fassung,

der § 1, 2, 4, 6 bis 8, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), **zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. 2019, S. 1029)**, in der jeweils geltenden Fassung,

des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), **zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.; ber. GV. NRW. 2021, S. 718)**, in der jeweils geltenden Fassung,

des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), **zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff.)**, in der jeweils geltenden Fassung,

Präambel:

unverändert

unverändert

des § 54 des Landeswassergesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), in der zurzeit gültigen Fassung,

und des Nordrhein-Westfälischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom 08.07.2016 (AbwAG NRW, GV. NRW. 2016, S. 559 ff.), in der zuzeit gültigen geltenden Fassung,

Präambel:

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW., S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung,

der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), in der zurzeit gültigen Fassung

und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), in der zurzeit gültigen Fassung

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

hat der Rat der Stadt/Gemeinde in seiner Sitzung am 2) die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Finanzierung der gemeindlichen Abwasseranlage

- (1) Zur Finanzierung der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Gemeinde Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträge.

- (2) Entsprechend § 1 Abs. 2 der **Abwasserbeseitigungssatzung** der Gemeinde vom stellt die Gemeinde zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlämme die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (gemeindliche Abwasseranlagen). Hierzu gehören der gesamte Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, die für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich sind (z. B. das Kanalnetz, Kläranlagen, Regenwasser-Versickerungsanlagen, Transportfahrzeuge für Klärschlamm aus Kleinkläranlagen und Inhaltstoffen von abflusslosen Gruben, das für die Abwasserbeseitigung eingesetzte Personal). 3)

- (3) Die gemeindlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit, die auch bei der Bemessung der Kanalanschlussbeiträge und Abwassergebühren zugrunde gelegt wird. 4)

B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen

hat der Rat der Gemeinde Reichshof in seiner Sitzung am2022 folgende Satzung beschlossen:

B/90 Reichshof – Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen

hat der Rat der Gemeinde Reichshof in seiner Sitzung am 13.12.2016 folgenden VI. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen vom 16.12.2009 beschlossen:

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**3. Abschnitt
Beitragsrechtliche Regelungen**

**§ 13
Kanalanschlussbeitrag**

- (1) Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Gemeinde einen Kanalanschlussbeitrag im Sinne des § 8 Abs. 4 Satz 3 KAG NRW.
- (2) Die Kanalanschlussbeiträge sind die Gegenleistung für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage und den hierdurch gebotenen wirtschaftlichen Vorteil für ein Grundstück. Die Kanalanschlussbeiträge dienen dem Ersatz des Aufwandes der Gemeinde für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der gemeindlichen Abwasseranlage.
- (3) Der Kanalanschlussbeitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 8 Abs. 9 KAG NRW).

**§ 14
Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Ein Grundstück unterliegt der Beitragspflicht, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. Das Grundstück muss an die Abwasseranlage tatsächlich und rechtlich angeschlossen werden können.
 2. für das Grundstück muss nach der Entwässerungssatzung ein Anschlussrecht bestehen und

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 1
Anschlussbeitrag**

- (1) unverändert
- (2) unverändert

**§ 2
Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Ein Grundstück unterliegt der Beitragspflicht, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 1
Anschlussbeitrag**

- (1) Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Gemeinde einen Kanalanschlussbeitrag im Sinne des § 8 Abs. 4 Satz 3 KAG NRW.
- (2) Die Kanalanschlussbeiträge sind die Gegenleistung für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage und den hierdurch gebotenen wirtschaftlichen Vorteil für ein Grundstück.

**§ 2
Gegenstand der Beitragspflicht**

- (1) Ein Grundstück unterliegt der Beitragspflicht, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. das Grundstück muss an die Abwasseranlage tatsächlich und rechtlich angeschlossen werden können,

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

3. für das Grundstück muss
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt sein (z.B. durch Bebauungsplan), so dass es bebaut oder gewerblich genutzt werden darf oder
 - b) soweit für ein Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist (z. B. im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB), muss das Grundstück nach der Verkehrsauffassung Bauland sein und nach der geordneten, städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen (z. B. im Außenbereich nach § 35 BauGB), so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.
- (3) Der Beitragspflicht nach Abs. 1 unterliegen auch Grundstücke, die im Rahmen der Niederschlagswasserbeseitigung mittelbar an die gemeindliche Abwasseranlage angeschlossen sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Niederschlagswasser von Grundstücken oberirdisch ohne leitungsmäßige Verbindung in die gemeindliche Abwasseranlage (z. B. in ein von der Gemeinde betriebenes Mulden-Rigolen-System) gelangen kann.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

2. es muss für das Grundstück
 - a. baulich oder gewerblich genutzt werden
oder
 - a. eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt sein (z.B. durch Bebauungsplan), so dass es bebaut oder gewerblich genutzt werden darf
oder
 - b. soweit für ein Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist (z.B. im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB), muss das Grundstück nach der Verkehrsauffassung Bauland sein und nach der geordneten städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.
- (2) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

2. das Grundstück muss
 - a. baulich oder gewerblich genutzt werden
oder
 - b. es muss für das Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt sein (z.B. durch Bebauungsplan), so dass es bebaut oder gewerblich genutzt werden darf
oder
 - c. soweit für ein Grundstück eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist (z.B. im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB), muss das Grundstück nach der Verkehrsauffassung Bauland sein und nach der geordneten städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen (z.B. im Außenbereich nach § 35 BauGB), so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (4) Grundstück im Sinne des 3. Abschnittes dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder **derselben Grundstückseigentümerin oder** demselben Grundstückseigentümer gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden darf und an die Anlage angeschlossen werden kann.

**§ 15
Beitragsmaßstab**

- (1) Maßstab für den Beitrag ist die Veranlagungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche mit dem Veranlagungsfaktor.
- (2) Als Grundstücksfläche gilt:
- bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans die tatsächliche Grundstücksfläche,
 - wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, d.h. bei Grundstücken im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) und im Außenbereich (§ 35 BauGB): die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von m von der Grundstücksgrenze, die der Erschließungsstraße zugewandt ist, die das Grundstück wegemäßig erschließt (Tiefenbegrenzung). Bei Grundstücken, die nicht an eine Erschließungsstraße unmittelbar angrenzen, wird die Fläche von der zu der Erschließungsstraße liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von zugrunde gelegt.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder **derselben Grundstückseigentümerin oder demselben Grundstückseigentümer** gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden darf und an die Anlage angeschlossen werden kann.

**§ 3
Beitragsmaßstab**

- (1) Maßstab für den Beitrag ist die **Veranlagungsfläche**. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche mit dem Veranlagungsfaktor.
- (2) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder demselben Grundstückseigentümer gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden darf und an die Anlage angeschlossen werden kann.

**§ 3
Beitragsmaßstab**

- (1) Beitragsmaßstab ist die Verteilungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche mit dem Veranlagungsfaktor.
- (2) Als Grundstücksfläche im Sinne von Abs. 1 gilt :
- Bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die tatsächliche Grundstücksfläche,
 - Wenn ein Bebauungsplan nicht besteht
 - bei Grundstücken, die an die Erschließungsanlage angrenzen – die tatsächliche Grundstücksfläche von der Erschließungsstraße bis zu einer Tiefe von höchstens 40 m,
 - bei Grundstücken, die nicht unmittelbar an die Erschließungsanlage angrenzen - die Fläche von der zu der Erschließungsanlage liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 40 m.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Tiefenbegrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der baulichen Nutzung bestimmt wird, die einen Entwässerungsbedarf nach sich zieht. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Straße herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

- (3) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Veranlagungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:
a) bei eingeschossiger Bebaubarkeit:	1,0
b) bei zweigeschossiger Bebaubarkeit:	1,25
c) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit:	1,5
d) bei vier- und fünfgeschossiger Bebaubarkeit:	1,75
e) bei sechs- und höhergeschossiger Bebaubarkeit:	2,0.
- (4) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur Grundflächen- und Baumassenzahl oder nur die zulässige Höhe der Bauwerke und keine höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse aus, so gilt als Geschossezahl die Höhe des Bauwerks geteilt durch) wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen abgerundet oder aufgerundet werden. Ist im Einzelfall eine größere Geschossezahl zugelassen oder vorhanden und geduldet, so ist diese zugrunde zu legen.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) unverändert

- (4) Bei überplanten Grundstücken gelten folgende Regelungen:
- a) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse.
- b) Weist der Bebauungsplan nur Grundflächen- und Baumassenzahlen oder nur die zulässige Höhe der Bauwerke und keine höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse aus,

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Tiefenbegrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der baulichen Nutzung bestimmt wird, die einen Entwässerungsbedarf nach sich zieht. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Straße herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

- (3) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Veranlagungsfaktor vervielfacht. Im Einzelnen:
1. bei ein- und zweigeschossiger Bebaubarkeit	1
2. bei dreigeschossiger Bebaubarkeit	1,25
3. bei viergeschossiger Bebaubarkeit	1,5
4. bei fünf- und mehrgeschossiger Bebaubarkeit	1,75
- (4) Bei überplanten Grundstücken gelten folgende Regelungen :
- a) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse.
- b) Weist der Bebauungsplan nur Grundflächen- und Baumassenzahlen aus, gilt als Geschossezahl die Baumassenzahl – geteilt durch 3,5 – wobei Bruchzahlen auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

gilt als Geschosszahl die Baumassenzahl -
geteilt durch 3,5 bzw. die Höhe des Bauwerks -
durch 3,0 - wobei Bruchzahlen auf die nächst-
folgende volle Zahl aufgerundet werden.

c) unverändert

d) unverändert

c) Ist im Einzelfall eine größere Geschosszahl zu-
gelassen oder vorhanden und geduldet, so ist
diese zugrunde zu legen.

d) Grundstücke, die nicht baulich oder gewerblich
genutzt sind und auch nicht baulich oder ge-
werblich genutzt werden dürfen, werden mit 0,5
der Grundstücksfläche angesetzt.

(5) In unbeplanten Gebieten und bei Grundstücken, für
die im Bebauungsplan keine Festsetzungen nach
Abs. 4 enthalten sind, ist maßgebend:

(5) unverändert

(5) In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein
bestehender Plan weder die Geschosszahl noch
Grundflächen- und Baumassenzahl ausweist, ist
Maßgebend:

a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tat-
sächlich vorhandenen Geschosse,

a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tat-
sächlich vorhandenen Geschosse,

b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstük-
ken die Zahl der auf den Grundstücken der nä-
heren Umgebung überwiegend vorhandenen
Geschosse.

b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstük-
ken die Zahl der auf den Grundstücken der nä-
heren Umgebung überwiegend vorhandenen
Geschosse.

(6) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stell-
plätze gebaut werden dürfen, gelten als einge-
schossig bebaubare Grundstücke.

(6) unverändert

(6) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stell-
plätze gebaut werden dürfen, gelten als einge-
schossig bebaubare Grundstücke.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (7) In Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die in Abs. 3 genannten Nutzungsfaktoren um je 0,5 erhöht. Dieses gilt auch, wenn Gebiete nicht in einem Bebauungsplan festgesetzt, aber aufgrund der vorhandenen Bebauung und sonstigen Nutzung als Kerngebiete, Gewerbegebiete oder Industriegebiete anzusehen sind oder wenn eine solche Nutzung aufgrund der in der Umgebung vorhandenen Nutzung zulässig wäre.

**§ 16
Beitragssatz**

- (1) Der Beitrag beträgt € je Quadratmeter (m²) Veranlagungsfläche.
- (2) Besteht nicht die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit des Vollanschlusses, so wird ein Teilbetrag erhoben.
- Dieser beträgt:
- a) bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser % des Beitrags,
- b) bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser % des Beitrags,
- c) bei einem nur teilweise gebotenen Anschluss für Niederschlagswasser %.
- (3) Entfallen die in Abs. 2 bezeichneten Beschränkungen der Benutzungsmöglichkeit, so ist der Restbetrag nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Beitragssatz zu zahlen.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (7) unverändert

**§4
Beitragssatz**

- (1) unverändert
- (2) unverändert
- (3) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (7) In Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die in Abs. 3 genannten Nutzungsfaktoren um je 0,5 erhöht. Dieses gilt auch, wenn
- a) Gebiete nicht in einem Bebauungsplan festgesetzt, aber aufgrund der vorhandenen Bebauung und sonstigen Nutzung als Kerngebiete, Gewerbegebiete oder Industriegebiete anzusehen sind oder
- b) eine solche Nutzung aufgrund der in der Umgebung vorhandenen Nutzung zulässig wäre.

**§ 4
Beitragssatz**

- (1) Der Anschlussbeitrag beträgt 6,14 EURO je Quadratmeter Veranlagungsfläche.
- (2) Besteht nicht die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit des Vollanschlusses, so wird ein Teilbetrag erhoben.
- Dieser beträgt:
- a) bei einem Anschluss für Schmutzwasser 70 % des Beitrages = 4,30 €
- b) bei einem Anschluss für Niederschlagswasser 30 % des Beitrages = 1,84 €
- (3) Entfallen die in Abs. 2 bezeichneten Beschränkungen der Benutzungsmöglichkeit, so ist der Restbetrag nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Beitragssatz zu zahlen.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

(4) unverändert

(4) Ist es für die Einleitung häuslichen Abwassers (Schmutzwasser) in die öffentliche Abwasseranlage technisch oder wirtschaftlich erforderlich, eine Fäkalienhebeanlage zu installieren, so vermindert sich der nach Abs. 1 zu berechnende Anschlussbeitrag um 800,00 Euro. Dies gilt nicht, wenn die Hebeanlage lediglich der Rückstausicherung dient.

**§ 17
Entstehen der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann.
- (2) Im Falle des § 14 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss. In den Fällen des § 16 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald die Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeit entfallen.
- (3) Für Grundstücke, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an die Abwasseranlage angeschlossen waren oder werden konnten, entsteht die Beitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung.
- (4) In den Fällen des Abs. 3 entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstücks bereits eine Anschlussgebühr oder ein Anschlussbeitrag nach früherem Recht gezahlt oder ein dahingehender Anspruch erlassen wurde oder verjährt ist.

**§ 5
Entstehung der Beitragspflicht**

- (1) unverändert
- (2) unverändert

**§ 5
Entstehung der Beitragspflicht**

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann.
- (2) Im Falle des § 2 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss. In den Fällen des § 4 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald die Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeit entfallen.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 18
Beitragspflichtiger**

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides **Eigentümerin oder** Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist **die oder** der Erbbauberechtigte gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW beitragspflichtig.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

**§ 19
Fälligkeit der Beitragsschuld**

- (1) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Widerspruch und Klage gegen einen Beitragsbescheid haben gem. § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbinden deshalb nicht von der Pflicht zur fristgerechten Zahlung.-

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 6
Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides **Eigentümerin oder** Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist **die oder** der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.
- (2) unverändert
- (3) unverändert

**§ 7
Fälligkeit der Beitragsschuld**

- (1) unverändert
- (2) **Widerspruch und** Klage gegen einen Beitragsbescheid haben gem. **§ 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1** der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbinden deshalb nicht von der Pflicht zur fristgerechten Zahlung.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 6
Beitragspflichtige**

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (3) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

**§ 7
Fälligkeit der Beitragsschuld**

- (1) Der Beitrag wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Die Klage gegen einen Beitragsbescheid hat gem. § 80 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbindet deshalb nicht von der Pflicht zur fristgerechten Zahlung.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 2
Abwassergebühren**

- (1) Für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Abwasseranlage erhebt die Gemeinde nach §§ 4 Abs. 2, 6 KAG NRW und § 54 LWG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der Kosten i.S.d. § 6 Abs. 2 KAG NRW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NRW.
- (2) In die Abwassergebühr wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW eingerechnet:
 - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Gemeinde (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AbwAG NRW),
 - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 2 AbwAG NRW),
 - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AbwAG NRW).
- (3) Die Abwasserabgabe für **Kleininleiterinnen und Kleininleiter** (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 1 AbwAG NRW) wird im Rahmen der Gebührenerhebung nach § 11 dieser Satzung von **der- oder** demjenigen erhoben, **die oder** der eine Kleinkläranlage betreibt, welche nicht den Anforderungen des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.
- (4) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswasser-/Regenwassergebühr sowie die Gebühren nach den §§ 11 und 12 dieser Satzung sind grund-

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 8
Benutzungsgebühren**

- (1) unverändert
- (2) unverändert
- (3) Die Abwasserabgabe für **Kleininleiterinnen und Kleininleiter** (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 1 AbwAG NRW) wird im Rahmen der **Gebührenerhebung nach § 12 dieser Satzung von der- oder demjenigen erhoben, die oder der eine Kleinkläranlage betreibt, welche nicht den Anforderungen des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.**
- (4) Die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswasser-/Regenwassergebühr sowie die Gebühren nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 dieser Satzung sind grund-

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 8
Benutzungsgebühren**

- (1) Die Gemeinde erhebt zur Deckung der Kosten und Verbandslasten Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme
 - a) der öffentlichen Abwasseranlage
 - b) der Einrichtung zur Entsorgung der Inhalte aus Grundstücksentwässerungseinrichtungen.
- (2) Die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Gemeinde, für Fremdeinleitungen, für die die Gemeinde die Abgabe zu entrichten hat, sowie die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Gemeinde umgelegt wird, wird über die Abwassergebühren abgewälzt.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

stücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen
als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5
KAG NRW).

**§ 3
Gebührenmaßstäbe**

- (1) Die Gemeinde erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).
- (2) Die Schmutzwassergebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 4).
- (3) Die Niederschlagswassergebühr (Regenwassergebühr) bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Fläche auf den angeschlossenen Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 5).

**§ 4
Schmutzwassergebühren**

- (1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter (m³) Schmutzwasser. Veranlagungszeitraum für die Schmutzwassergebühr ist das Kalenderjahr.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

stücksbezogene Benutzungsgebühren und ruhen
als öffentliche Last auf dem Grundstück.

**§ 9
Gebührenmaßstäbe**

- (1) unverändert
- (2) unverändert
- (3) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Fläche auf den angeschlossenen Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 11).

**§ 10
Schmutzwassergebühren**

- (1) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 9
Gebührenmaßstäbe**

- (1) Die Gemeinde erhebt getrennte Abwassergebühren für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).
- (2) Die Schmutzwassergebühr bemisst sich nach dem Frischwassermaßstab (§ 10).
- (3) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich auf der Grundlage der Quadratmeter der bebauten (bzw. überbauten) und/oder versiegelten Fläche auf den angeschlossenen Grundstücken, von denen Niederschlagswasser abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann (§ 11).

**§ 10
Schmutzwassergebühren**

- (1) Die Gebühr für Schmutzwasser wird nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers berechnet, das der öffentlichen Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird. Berechnungseinheit ist der cbm Schmutzwasser.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge (§ 4 Abs. 3) und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) gewonnene Wassermenge (§ 4 Abs. 4), abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die gemeindliche Abwasseranlage eingeleitet werden (§ 4 Abs. 5).
- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden durch den Wasserzähler des örtlichen Wasserversorgers ermittelt. Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge als Verbrauchsmenge. Hat ein Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert, so wird die Wassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres geschätzt. Die Datenübernahme vom örtlichen Wasserversorger sowie die Datenspeicherung und Datennutzung der Wasserzähler-Daten des Wasserversorgers erfolgt, um **der oder** dem Gebührenpflichtigen die zweimalige Ablesung seines Wasserzählers zu ersparen. Sie dient der ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (§ 46 Abs. 1 LWG NRW) und der Abwasserüberlassungspflicht durch **die gebührenpflichtige Benutzerin oder** den gebührenpflichtigen Benutzer (§ 48 LWG NRW) sowie zur verursachergerechten Abrechnung der Schmutzwassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Schmutzwassergebühr. Insoweit hat **die**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage oder aus Versorgungsanlagen von Verbänden und Genossenschaften bezogene Frischwassermenge und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen, Quellen, Wasserläufen, Grundwasser) gewonnene Wassermenge, abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die gemeindliche Abwasseranlage eingeleitet werden.
- (3) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (2) Als Schmutzwassermenge gilt:
- a) die auf dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage oder aus Versorgungsanlagen von Verbänden und Genossenschaften entnommenen Frischwassermenge,
- b) die aus den anderen Anlagen (z.B. Quellen, Brunnen, Wasserläufen, Grundwasser, Regenwassersammelanlagen) entnommene Wassermenge des laufenden Kalenderjahres, abzüglich der über Zwischenzähler nachgewiesenen auf dem Grundstück verbrauchten oder sonst nachweislich zurückgehaltenen Wassermenge.
- (3) Die dem Grundstück aus eigenen oder öffentlichen Anlagen zugeführten Wassermengen sind durch geeichte Wassermesser zu ermitteln. Die Wassermesser zur Ermittlung des Verbrauches aus eigenen Anlagen müssen durch zugelassene Installateure auf eigene Kosten eingebaut werden.
- Die Gemeinde ist berechtigt, diese Anlage jederzeit zu überprüfen.
- Bei der Wassermenge aus nichtöffentlichen Anlagen gilt der über Wassermesser ermittelte Verbrauch.
- Bei der Wassermenge aus öffentlichen Anlagen gilt die für die Erhebung des Wassergeldes für das laufende Kalenderjahr zugrundegelegte Verbrauchsmenge.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

Grundstückseigentümerin als Gebührenschildnerin oder der Grundstückseigentümer als Gebührenschildner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art.2 Abs. 1 Grundgesetz) zu dulden.

- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z. B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat die oder der der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und messrichtig funktionierenden Wasserzähler nach § 4 Abs. 5 Nr. 2 dieser Satzung zu führen. Gemäß § 4 Absatz 5 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der oder dem Gebührenpflichtigen. Ist der oder dem Gebührenpflichtigen der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Gemeinde berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Gemeindegebiet). Eine Schätzung erfolgt auch, wenn der Wasserzähler nicht messrichtig funktioniert.

Mustersatzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für Grundstückanschlüsse

- (5) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück anderweitig verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen (sog. Wasserschwindmengen) abgezogen, die nachweisbar nicht dem öffentlichen Kanal zugeführt werden. Der Nachweis der Wasserschwindmengen obliegt den Gebührenpflichtigen. **Die oder der** Gebührenpflichtige ist grundsätzlich verpflichtet, den Nachweis durch eine auf **ihre oder** seine Kosten eingebaute, messrichtig funktionierende und geeignete Messeinrichtung in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess-EichV) zu führen:

Nr. 1: Abwasser-Messeinrichtung

Geeignete Abwasser-Messeinrichtungen sind technische Geräte, die in regelmäßigen Abständen kalibriert werden müssen. Die Kalibrierung ist nach den Hersteller-Angaben durchzuführen und der Gemeinde nachzuweisen, um die ordnungsgemäße Funktion der Abwasser-Messeinrichtung zu dokumentieren. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt.

Nr. 2: Wasserzähler

Ist die Verwendung einer Abwasser-Messeinrichtung im Einzelfall technisch nicht möglich oder **der oder** dem Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat er den Nachweis durch einen auf **ihre oder** seine Kosten eingebauten, messrichtig funktionierenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Der Wasserzähler muss in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung **der Herstellerin oder** des Herstellers ersetzt wer-

B/90 Reichshof – **Neufassung der** Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen

- (4) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen abgezogen. Der Nachweis der verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen obliegt den Gebührenpflichtigen. **Die oder der** Gebührenpflichtige ist verpflichtet, den Nachweis der verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen durch einen auf **ihre oder seine** Kosten eingebauten ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler zu führen. Der Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler obliegt **der oder dem** Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau eines Wasserzählers im Einzelfall nicht zumutbar, so hat **die oder der** Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbar Unterlagen zu führen, aus denen sich insbesondere ergibt, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwassereinrichtungen nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbar Unterlagen müssen geeignet sein, der Gemeinde eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Soweit **die oder der** Gebührenpflichtige aus diesem Grund mittels eines speziellen Gutachtens den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen. „Wasserschwindmengen“, die nicht durch einen Wassermesser nachgewiesen werden können, sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag bis zum 15.1. des nachfolgenden Jahres durch **die oder den** Gebührenpflichtigen bei dem Gemeindewerk Abwasserbeseitigung geltend zu machen. Nach Ablauf dieses Datums findet eine Berücksichtigung der Wasserschwindmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist). Fällt der

B/90 Reichshof – Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen

- (4) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen abgezogen. Der Nachweis der verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen obliegt den Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist verpflichtet, den Nachweis der verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen durch einen auf seine Kosten eingebauten ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler zu führen. Der Nachweis über den ordnungsgemäß funktionierenden Wasserzähler obliegt dem Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau eines Wasserzählers im Einzelfall nicht zumutbar, so hat der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbar Unterlagen zu führen, aus denen sich insbesondere ergibt, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwassereinrichtungen nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbar Unterlagen müssen geeignet sein, der Gemeinde eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Soweit der Gebührenpflichtige aus diesem Grund mittels eines speziellen Gutachtens den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen. „Wasserschwindmengen“, die nicht durch einen Wassermesser nachgewiesen werden können, sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag bis zum 15.1. des nachfolgenden Jahres durch den Gebührenpflichtigen bei dem Gemeindewerk Abwasserbeseitigung geltend zu machen. Nach Ablauf dieses Datums findet eine Berücksichtigung der Wasserschwindmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist). Fällt der 15.1. des nachfolgenden Jahres auf einen Samstag oder Sonntag endet die

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

den. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt **der oder dem** Gebührenpflichtigen. Wird dieser Nachweis nicht geführt, findet eine Berücksichtigung der Abzugsmengen nicht statt. 8)

Nr. 3: Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen

Ist im Einzelfall auch der Einbau eines Wasserzählers zur Messung der Wasserschwindmengen technisch nicht möglich oder **der oder dem** Gebührenpflichtigen nicht zumutbar, so hat die oder der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen. Aus diesen Unterlagen muss sich insbesondere ergeben, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der gemeindlichen Abwassereinrichtung nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, der Gemeinde eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Sind die nachprüfbaren Unterlagen un schlüssig und/oder nicht nachvollziehbar, werden die geltend gemachten Wasserschwindmengen nicht anerkannt. Soweit **die oder der** Gebührenpflichtige durch ein spezielles Gutachten bezogen auf seine Wasserschwindmengen den Nachweis erbringen will, hat **sie oder er** die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Gemeinde abzustimmen. Die Kosten für das Gutachten trägt **die oder der** Gebührenpflichtige.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

15.1. des nachfolgenden Jahres auf einen Samstag oder Sonntag endet die Ausschlussfrist am darauf folgenden Montag. Der Wasserzähler muss den einschlägigen Vorschriften entsprechen. Dies ist z.B. der Fall, wenn er ordnungsgemäß geeicht und fest sowie frostsicher installiert ist. Bestehende Zapfhahnzähler werden nur noch geduldet, bis deren Eichfrist abgelaufen ist.

- (5) Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, oder ist der Wasserverbrauch aus anderen Gründen nicht festzustellen, so wird die Wassermenge von der Gemeinde geschätzt. Dabei können der Verbrauch des Vorjahres oder die glaubhaft gemachten Angaben **der oder des** Gebührenpflichtigen berücksichtigt werden.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

Ausschlussfrist am darauf folgenden Montag. Der Wasserzähler muss den einschlägigen Vorschriften entsprechen. Dies ist z.B. der Fall, wenn er ordnungsgemäß geeicht und fest sowie frostsicher installiert ist. Bestehende Zapfhahnzähler werden nur noch geduldet, bis deren Eichfrist abgelaufen ist.

- (5) Hat ein Wassermesser nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, oder ist der Wasserverbrauch aus anderen Gründen nicht festzustellen, so wird die Wassermenge von der Gemeinde geschätzt. Dabei können der Verbrauch des Vorjahres oder die glaubhaft gemachten Angaben des Gebührenpflichtigen berücksichtigt werden.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

Wasserschwundmengen sind bezogen auf das Kalenderjahr durch einen schriftlichen Antrag bis zum 15.01. des nachfolgenden Jahres durch **die oder** den Gebührenpflichtigen bei der Gemeinde geltend zu machen. Nach Ablauf dieses Datums findet eine Berücksichtigung der Wasserschwundmengen nicht mehr statt (Ausschlussfrist). Fällt der 15.01. des nachfolgenden Jahres auf einen Samstag oder Sonntag endet die Ausschlussfrist am darauffolgenden Montag. 9)

- (6) Die Gebühr beträgt je m³ Schmutzwasser jährlich €.

**§ 5
Niederschlagswassergebühr**

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann. 10) Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann. 11)

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 11
Niederschlagswassergebühr**

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksfläche im Sinne von § 2 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Gemeinde Reichshof vom **.....2022** in der zur Zeit gültigen Fassung, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 11
Niederschlagswassergebühr**

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksfläche im Sinne von § 2 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Gemeinde Reichshof vom 16.12.2009 in der zur Zeit gültigen Fassung, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (2) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung **der Eigentümerinnen oder** der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. **Die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Gemeinde auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Flächen auf **ihrem oder** seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Insbesondere ist **sie oder er** verpflichtet, zu einem von der Gemeinde vorgelegten Lageplan über die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie abflusswirksamen Flächen auf **ihrem oder** seinem Grundstück Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob diese Flächen durch die Gemeinde zutreffend ermittelt wurden. Auf Anforderung der Gemeinde hat **die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt **die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer **ihrer oder** seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen **der Grundstückseigentümerin oder** des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (2) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung **der Eigentümerinnen oder der Eigentümer** der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. **Die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer** ist verpflichtet, die Gemeinde auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Insbesondere ist **sie oder er** verpflichtet, zu einem von der Gemeinde vorgelegten Lageplan über die bebauten (bzw. überbauten) und/oder versiegelten sowie abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob diese Flächen durch die Gemeinde zutreffend ermittelt wurden. Auf Anforderung der Gemeinde hat der Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt **die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer ihrer oder seiner** Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für **ihr oder sein** Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen der **Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers** vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (2) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Gemeinde auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Insbesondere ist er verpflichtet, zu einem von der Gemeinde vorgelegten Lageplan über die bebauten (bzw. überbauten) und/oder versiegelten sowie abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob diese Flächen durch die Gemeinde zutreffend ermittelt wurden. Auf Anforderung der Gemeinde hat der Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für sein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührensschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informa-

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat **die Grundstückseigentümerin als Gebührenschuldnerin oder** der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden. 12)

**alternativ: Regelung bei der Anfertigung von
Luftbildern**

Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung **der Eigentümerinnen oder** Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. **Die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Gemeinde auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Die Gemeinde erstellt durch eine Überfliegung des Gemeindegebietes Luftbilder von den Grundstücken. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung **der Grundstückseigentümerin oder** des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die bebauten und/oder befestigten abflusswirksamen Flächen ergeben, von denen das Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. **Die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch die Gemeinde zutreffend ermittelt worden sind. Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt **die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer **ihrer oder** seiner Mit-

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

Insoweit hat **die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer** als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden. Die angegebene Fläche wird mathematisch auf volle Quadratmeter gerundet.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

tionelle Selbstbestimmung zu dulden. Die angegebene Fläche wird mathematisch auf volle Quadratmeter gerundet.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

wirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen der Grundstückseigentümerin oder des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinde (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümerin als Gebührenschildnerin oder der Grundstückseigentümer als Gebührenschildner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.

- (3) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche wird mit dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nach dem die Änderungsanzeige durch die oder den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen ist.
- (4) Die Gebühr beträgt für jeden Quadratmeter bebauter und/oder befestigter Fläche i.S.d. Abs. 1 €.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat die Grundstückseigentümerin oder der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 10 Abs. 2 entsprechend.
- (4) unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Wird die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 10 Abs. 2 entsprechend.
- (4) Für Grundstücks- und Straßenflächen wird eine einheitliche Gebühr erhoben.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (5) Für die an die öffentliche Abwasserkanalisation angeschlossenen Flächen, von denen Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG in eine qualifizierte Regenwassernutzungsanlage eingeleitet wird, erfolgt eine Verminderung der Niederschlagswassergebühr in Höhe von 50 %. Eine qualifizierte Regenwassernutzungsanlage ist eine Anlage, die mindestens ein Fassungsvermögen von 4 Kubikmeter und ein Rückhaltevolumen von 30 Litern je angeschlossenen Quadratmeter aufweist. Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Errichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb der qualifizierten Regenwassernutzungsanlage trägt die jeweilige Betreiberin oder der jeweilige Betreiber. Wird auf dem Grundstück eine qualifizierte Regenwassernutzungsanlage betrieben und fällt durch die Nutzung des Niederschlagswassers (z.B. durch Verwendung als Toilettenspülwasser oder zum Waschen) Schmutzwasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG an, welches der öffentlichen Abwasseranlage zum Zweck der Abwasserreinigung zugeführt werden muss, wird hierfür eine Schmutzwassergebühr erhoben. Die Wassermenge des Niederschlagswassers, welches durch Nutzung zum Schmutzwasser geworden ist, ist von den Gebührenpflichtigen durch einen messrichtig funktionierenden Wasserzähler nachzuweisen. Gemäß § 4 Absatz 5 Nr. 2 dieser Satzung muss der Wasserzähler in Anlehnung an das Mess- und Eichrecht (MessEG, Mess- und EichVO) alle 6 Jahre erneut geeicht werden oder durch einen neuen Wasserzähler mit einer Konformitätserklärung der Herstellerin oder des Herstellers ersetzt werden. Aus der Konformitätserklärung muss sich ergeben, dass der Wasserzähler messrichtig funktioniert. Der Nachweis über die messrichtige Funktion sowie Eichung des Wasserzählers obliegt der oder dem Gebührenpflichtigen. Ist der oder dem Gebührenpflichtigen der Einbau

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Gemeinde berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z. B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Gemeindegebiet). Eine Schätzung erfolgt auch, wenn der Wasserzähler nicht messrichtig funktioniert. Die Gebührenpflichtigen haben dafür auf Anforderung der Gemeinde die erforderlichen Angaben zu machen.

Bei einer lückenlosen Dachbegrünung mit einer Aufbaustärke von mindestens 10 cm reduziert sich die anzurechnende Dachfläche um 50 %.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 12
Gebührensatz**

(1) Die Gebühren betragen:

- 1. Teileinleiter – nur Schmutzwasser**
Darf nur Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **5,29 Euro / cbm**.
- 2. Teileinleiter – nur Schmutzwasser -
Verbandsmitglieder**
Darf von Mitgliedern eines Entwässerungsverbandes nur Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **3,05 Euro / cbm**.

**§ 12
Gebührensatz**

(1) Die Gebühren betragen:

- 1. Teileinleiter - nur Schmutzwasser**
Darf nur Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **5,29 Euro / cbm**.
- 2. Teileinleiter - nur Schmutzwasser -
Verbandsmitglieder**
Darf von Mitgliedern eines Entwässerungsverbandes nur Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **3,05 Euro / cbm**.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 11
Gebühr für das Abfahren und die Behandlung von
Klärschlamm**

- (1) Für das Abfahren und die Behandlung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen in das Zentralkläwerk wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge in m³ erhoben.
- (2) Die Gebühr beträgt €/m³ abgefahrenen Klärschlamm.
- (3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt der Abfuhr.
- (4) **Gebührenpflichtige oder** Gebührenpflichtiger ist **die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer, **die oder** der Erbbauberechtigte oder **die oder** der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf **deren oder** dessen Grundstück die Kleinkläranlage betrieben wird. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (5) Eine Kleineinleiter-Abgabe wird erhoben, wenn eine Kleinkläranlage nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik im Sinne des § 60 WHG und § 56 LWG NRW entspricht.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

3. Grundstücksentwässerungsanlagen

Die Gebühr für die Entsorgung der Anlageninhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt

- a) bei Kleinkläranlagen - mit Abwasserabgabe
2,84 Euro / cbm
- b) bei abflusslosen Gruben
9,84 Euro / cbm
- c) bei vollbiologischen Kleinkläranlagen je Kubikmeter Abwasser
1,16 Euro/ cbm
zuzüglich je Abfuhr
78,40 Euro

4. Teileinleiter – nur Niederschlagswasser

Darf nur Regenwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **0,89 Euro / m²**.

**5. Teileinleiter – nur Niederschlagswasser -
Verbandsmitglieder**

Darf von Mitgliedern eines Entwässerungsverbandes nur Regenwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **0,70 Euro / m²**.

- (2) Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche im Sinne des § 11 Absatz 3 wird nach dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nachdem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen ist.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

3. Grundstücksentwässerungsanlagen

Die Gebühr für die Entsorgung der Anlageninhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt

- a) bei Kleinkläranlagen - mit Abwasserabgabe
2,84 Euro / cbm
- b) bei abflusslosen Gruben
9,84 Euro / cbm
- c) bei vollbiologischen Kleinkläranlagen je Kubikmeter Abwasser
1,16 Euro/ cbm
zuzüglich je Abfuhr
78,40 Euro

4. Teileinleiter – nur Regenwasser

Darf nur Regenwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **0,89 Euro / m²**.

**5. Teileinleiter – nur Regenwasser -
Verbandsmitglieder**

- (1) Darf von Mitgliedern eines Entwässerungsverbandes nur Regenwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, beträgt die Gebühr **0,70 Euro / m²**.
- (2) Die veränderte Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche im Sinne des § 11 Absatz 3 wird nach dem 1. Tag des Monats berücksichtigt, nachdem die Änderungsanzeige durch den Gebührenpflichtigen der Gemeinde zugegangen ist.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

§ 12

**Gebühr für das Auspumpen und Abfahren
der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben**

- (1) Für das Auspumpen und Abfahren der Inhaltsstoffe aus abflusslosen Gruben und deren Beseitigung wird die Gebühr nach der abgefahrenen Menge pro m³ erhoben.
- (2) Die Gebühr beträgt €/m³ ausgepumpte/abgefahrte Menge.
- (3) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt des Auspumpens.
- (4) **Gebührenpflichtige oder** Gebührenpflichtiger ist **die Grundstückseigentümerin oder** der Grundstückseigentümer, **die oder** der Erbbauberechtigte oder **die oder** der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf **deren oder** dessen Grundstück die abflusslose Grube betrieben wird.
- (5) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Für teilversiegelte und abflusswirksame Flächen wird ein Gebührenabschlag in Höhe von 50 % je m², bezogen auf die Gebührenhöhe für vollversiegelte und abflusswirksame Flächen gewährt.
- (4) Eine Gebührenerhebung für unversiegelte Flächen im Sinne des § 2 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Gemeinde Reichshof vom **.....2022** in der zur Zeit gültigen Fassung erfolgt nicht.
- (5) Für die an Brauchwassernutzungsanlagen angeschlossenen befestigten und abflusswirksamen Flächen wird ein Gebührenabschlag in Höhe von 0,8 m² je gemessenen und verbrauchten m³ Niederschlagswasser gewährt, sofern der Überlauf der Brauchwassernutzungsanlage an die öffentliche Kanalisation angeschlossen ist. Die max. Obergrenze für einen möglichen Flächenabzug ist die an die Brauchwassernutzungsanlage angeschlossene befestigte und abflusswirksame Fläche.
- (6) Für Regenwassernutzungsanlagen, die mit dem Überlauf an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind und die zur Gartenbewässerung mit Messeinrichtung betrieben werden, erfolgt bis zu einem gemessenen jährlichen Regenwasserverbrauch von 15 m³ (Bagatellgrenze) keine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für die an die Regenwassernutzungsanlage angeschlossenen vollversiegelten oder teilversiegelten und abflusswirksamen Flächen. Übersteigt der jährlich gemessene Regenwasserverbrauch für die Gartenbewässerung 15 m³, erfolgt eine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für die an die Re-

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Für teilversiegelte und abflusswirksame Flächen wird ein Gebührenabschlag in Höhe von 50 % je m², bezogen auf die Gebührenhöhe für vollversiegelte und abflusswirksame Flächen gewährt.
- (4) Eine Gebührenerhebung für unversiegelte Flächen im Sinne des § 2 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Gemeinde Reichshof vom 16.12.2009 in der zur Zeit gültigen Fassung erfolgt nicht.
- (5) Für die an Brauchwassernutzungsanlagen angeschlossenen befestigten und abflusswirksamen Flächen wird ein Gebührenabschlag in Höhe von 0,8 m² je gemessenen und verbrauchten m³ Niederschlagswasser gewährt, sofern der Überlauf der Brauchwassernutzungsanlage an die öffentliche Kanalisation angeschlossen ist. Die max. Obergrenze für einen möglichen Flächenabzug ist die an die Brauchwassernutzungsanlage angeschlossene befestigte und abflusswirksame Fläche.
- (6) Für Regenwassernutzungsanlagen, die mit dem Überlauf an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind und die zur Gartenbewässerung mit Messeinrichtung betrieben werden, erfolgt bis zu einem gemessenen jährlichen Regenwasserverbrauch von 15 m³ (Bagatellgrenze) keine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für die an die Regenwassernutzungsanlage angeschlossenen vollversiegelten oder teilversiegelten und abflusswirksamen Flächen. Übersteigt der jährlich gemessene Regenwasserverbrauch für die Gartenbewäs-

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

genwassernutzungsanlage angeschlossenen vollversiegelten oder teilversiegelten und abflusswirksamen Fläche in Höhe von 0,8 m² je gemessenen und 15 m³ übersteigenden m³ Regenwasser.

serung 15 m³, erfolgt eine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für die an die Regenwassernutzungsanlage angeschlossenen vollversiegelten oder teilversiegelten und abflusswirksamen Fläche in Höhe von 0,8 m² je gemessenen und 15 m³ übersteigenden m³ Regenwasser.

**§ 6
Beginn und Ende der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.

**§ 13
Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht**

unverändert

**§ 13
Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Dies gilt entsprechend bei der Umwandlung in einen Vollanschluss. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Entstehung der Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Benutzungsgebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.
- (4) Die Verpflichtung zur Leistung der Gebühren für die Entsorgung der Inhalte aus Grundstücksentwässerungsanlagen beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Einrichtung folgt, frühestens mit Inkrafttreten dieser Satzung. Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall der Inanspruchnahme.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 7
Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtige sind
- a) die Grundstückseigentümerin oder **der Grundstückseigentümer; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, auch der Erbbauberechtigte,**
 - b) **die Nießbraucherin oder** der Nießbraucher **die-** oder derjenige, **die oder** der ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist,
 - c) **die Straßenbaulastträgerin oder** der Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung.

Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist **die neue Grundstückseigentümerin oder** der neue Grundstückseigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat **die oder** der bisherige Gebührenpflichtige der Gemeinde innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 14
Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig ist
- a) **die Eigentümerin oder** der Eigentümer des angeschlossenen Grundstückes und **die Eigentümerin oder** der Eigentümer eines Grundstückes auf dem sich eine Grundstücksentwässerungsanlage (z.B. Kleinkläranlage, abflusslose Grube) befindet; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte,
 - b) **die Inhaberin oder** der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes,
 - c) **die Nießbraucherin oder** der Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte.
 - d) **die Straßenbaulastträgerin oder** der Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung.

Mehrere Gebührenpflichtige **haften als** Gesamtschuldner.

- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist **die neue Grundstückseigentümerin oder** der neue Grundstückseigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat **die oder** der bisherige Gebührenpflichtige der Gemeinde innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 14
Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig ist
- a) der Eigentümer des angeschlossenen Grundstückes und der Eigentümer eines Grundstückes auf dem sich eine Grundstücksentwässerungsanlage (z.B. Kleinkläranlage, abflusslose Grube) befindet; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte,
 - b) der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes,
 - c) der Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte.
 - d) der Straßenbaulastträger für die Straßenoberflächenentwässerung. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Gemeinde innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie der Gemeinde die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlage festzustellen oder zu überprüfen

**§ 8
Fälligkeit der Gebühr**

- (2) Die Abrechnung der Gebühren sowie das Ablesen der Zähler der Zählereinrichtungen erfolgt einmal jährlich, und zwar zum Jahresbeginn für das abgelaufene Kalenderjahr. Soweit erforderlich, kann sich die Gemeinde hierbei der Mitarbeit der Gebührenpflichtigen bedienen.

- (1) Die Benutzungsgebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben erhoben werden.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie der Gemeinde die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlage festzustellen oder zu überprüfen.

**§ 15
Fälligkeit der Gebühren**

- (1) unverändert

- (2) Die Benutzungsgebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Ist im Gebührenbescheid ein anderer Zeitpunkt für die Fälligkeit angegeben, so gilt dieser. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

- (3) Die Gebührenpflichtigen haben für alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

**§ 15
Fälligkeit der Gebühren**

- (1) Die Benutzungsgebühren werden als Pauschale zusammen mit den Verbrauchs- und Grundgebühren der Wasserversorgung erhoben. Die Pauschale berechnet sich nach dem Gesamtfrischwasserverbrauch des Vorjahres. Ist dieser nicht bekannt oder beginnt die Gebührenpflicht während eines Kalenderjahres, so wird der Verbrauch geschätzt. Der Wasserverbrauch wird jährlich einmal abgelesen. Die Gebühren werden durch Bescheid im 1. Quartal des folgenden Jahres festgesetzt und mit den Pauschalbeträgen verrechnet. Zuviel gezahlte Gebühren werden verrechnet oder zurückgezahlt. Eine Restgebühr ist zu dem im Bescheid bezeichneten Fälligkeitstermin zu zahlen.

- (2) Die Benutzungsgebühren werden einen Monat nach Zugang des Gebührenbescheides fällig. Ist im Gebührenbescheid ein anderer Zeitpunkt für die Fälligkeit angegeben, so gilt dieser. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 25
Auskunftspflichten**

- (1) Die Beitrags- und Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Beiträge und Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 16
Aufwandersatz für Abwasserproben**

unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 16
Aufwandersatz für Abwasserproben**

- (1) Der Aufwand für die Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben ist der Gemeinde in der tatsächlichen Höhe nach den nachfolgenden Regelungen zu ersetzen.
- (2) Wird bei der Untersuchung einer Abwasserprobe eine Überschreitung der Werte oder ein sonstiger Abwassermisstand festgestellt, ist Aufwandersatz zu leisten. Die Werte sind in der Entwässerungssatzung festgelegt. Sind für die Feststellung des Verursachers mehrere Probeentnahmen - auch auf anderen Grundstücken - erforderlich, so haftet der Verursacher für den Gesamtschaden.
- (3) Bei Indirekteinleitern ist der Aufwandersatz auch dann zu leisten, wenn im Rahmen einer gelegentlichen Kontrolle keine Überschreitung festgestellt wird.
- (4) Für die Ersatzpflicht gilt § 14 Abs. 4 entsprechend.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

- (2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Gemeinde die für die Berechnung maßgebenden Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch **eine anerkannte Sachverständige oder** einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten **der oder** des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.
- (3) Die vorstehenden Absätze gelten für den Kostenersatzpflichtigen entsprechend.

**§ 26
Billigkeits- und Härtefallregelung**

Ergeben sich aus der Anwendung dieser Satzung im Einzelfall besondere, insbesondere nicht beabsichtigte Härten, so können die Kanalanschlussbeiträge, Abwassergebühren und der Kostenersatz gestundet, ermäßigt, niedergeschlagen oder erlassen werden.

**§ 27
Zwangsmittel**

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 17
Billigkeitsmaßnahmen**

unverändert

**§ 18
Zwangsmittel**

unverändert

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 17
Billigkeitsmaßnahmen**

Ergeben sich aus der Anwendung dieser Satzung im Einzelfall besondere nicht beabsichtigte Härten, so können die Kanalanschlussbeiträge, Abwassergebühren und der Kostenersatz gestundet, ermäßigt, niedergeschlagen oder erlassen werden.

**§ 18
Rechtsmittel und Zwangsmaßnahmen**

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

**Mustersatzung
über die Erhebung von Abwassergebühren,
Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersatz für
Grundstückanschlüsse**

**§ 28
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung vom außer Kraft.

**B/90 Reichshof – Neufassung der Beitrags-
und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 19
Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt nach § 20 Abs. 2 KAG,
wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 geeichte Was-
sermesser nicht einbauen lässt,
 2. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 3 den Bediensteten
der Gemeinde die Überprüfung der Anlage nicht
gestattet.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße
bis zu **5.000,00 Euro** geahndet werden.

**§ 20
Inkrafttreten**

**Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntma-
chung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Beitrags- und Gebührensatzung zur
Entwässerungssatzung und zur Satzung über die Ent-
leerung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen
vom 01.01.2022 außer Kraft.**

**B/90 Reichshof – Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
und zur
Satzung über die Entleerung von
Grundstücksentwässerungseinrichtungen**

**§ 19
Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt nach § 20 Abs. 2 KAG,
wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 geeichte Was-
sermesser nicht einbauen lässt,
 2. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 3 den Bediensteten
der Gemeinde die Überprüfung der Anlage nicht
gestattet.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße
bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Ge-
setzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1987
(BGBl.I.S. 602), in der jeweils gültigen Fassung.
Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36
Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Bürgermeister.

**§ 20
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft.